



Eidgenössisches Departement für Wirtschaft,  
Bildung und Forschung  
3003 Bern

24. März 2021 (RRB Nr. 303/2021)

**Totalrevision des Bundesgesetzes über Beiträge für die kantonale  
französischsprachige Schule in Bern (Vernehmlassung)**

Sehr geehrter Herr Bundespräsident

Mit Schreiben vom 20. Januar 2021 haben Sie uns eingeladen, uns zur Totalrevision des Bundesgesetzes über Beiträge für die kantonale französischsprachige Schule in Bern vernehmen zu lassen. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Das Angebot der kantonalen französischsprachigen Schule in Bern trägt wesentlich zur Attraktivität des Bundes als Arbeitgeber bei. Aus der Totalrevision des Bundesgesetzes über Beiträge für die kantonale französischsprachige Schule in Bern ergeben sich für den Bund keine zusätzlichen finanziellen oder personellen Konsequenzen. Mit ihrer Inkraftsetzung stützt sich der bereits heute ausgerichtete Bundesbeitrag wieder auf eine genügende gesetzliche Grundlage. Dem Gesetzesentwurf kann daher zugestimmt werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident,  
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Dr. Silvia Steiner

Dr. Kathrin Arioli

